

Thomas Rübke
Bürgerschaftliches Engagement, Familienorientierung und
lokale Bündnisse für Familien
Erweiterte Fassung eines Vortrag Jahrestagung NAKOS,
8.6.2005 in Schleswig

I Familie und Bürgerschaftliches Engagement als weiche Politikthemen

Familie und Bürgerschaftliches Engagement: Mit diesen Stichworten im Titel des Vortrags ist eine eigenartige Wahlverwandtschaft bezeichnet. Beide Begriffe sind traditionell politische Leichtgewichte, obwohl sie doch – das behaupten viele Wissenschaftler und Entscheidungsträger – zu den Hauptthemen einer zukunftsfähigen Gesellschaft gehören. Beide sind viel besprochen und viel diskutiert, aber immer dann, wenn es darauf ankommt, mit geringem politischen Rückhalt ausgestattet. Mit einem Wort: Beide sind etwas für die Sonntagsrede.

Das ist das Schicksal aller sogenannten weichen Politikbereiche, das wissen Sie natürlich auch aus Ihrer eigenen Erfahrung der Selbsthilfe und der Selbsthilfeunterstützung. Und doch mehren sich die Anzeichen, dass diese weichen Themen zunehmend zu harten Themen werden.

Am Beispiel der Familienpolitik lässt sich dies in den letzten Jahren sehr gut beobachten. Seitdem klar ist, dass immer weniger Kinder in Deutschland geboren werden, nachdem PISA auch noch ein schlechtes Zeugnis für unsere Schulen ausgestellt hat, wird es ernst mit der Familienpolitik und der Frage, wie Kinder in unserem Land aufwachsen. Das ist natürlich keine Erleuchtung, die über Nacht gekommen wäre. Schon Mitte der 1970er Jahre war absehbar, dass wir einem massiven demografischen Wandel entgegengehen, und der Bildungsnotstand war lange vor PISA in den Fachdiskussionen ebenso geläufig wie im hitzigen Gespräch unter genervten Eltern.

Dem Bürgerschaftlichen Engagement erging es nicht anders. Natürlich gehörten Gleichnisse wie das Ehrenamt sei das ‚Salz in der Suppe‘ oder auch das ‚Sahnehäubchen auf dem Kaffee‘ der sozialstaatlichen Leistungen zu den üblichen Textbausteinen in Festansprachen. Die harte Sozialstaatsdiskussion war freilich von anderen Themen beherrscht: Von Qualitätssicherung und Managementtechniken, von Professionalität und Betriebswirtschaft, von Bezahlbarkeit und Wirtschaftlichkeit war da die Rede. Die Suppe, der Kaffee, das ist es doch, worauf es eigentlich ankommt, der Rest ist reine Geschmacksverbesserung. Das Ehrenamt galt als Ornament, nicht als tragende Säule. In den großen Wohlfahrtsverbänden sammelte es sich an zwei Stellen: bei den Handlangerarbeiten, zum Beispiel der Kuchenausgabe am Seniorennachmittag, und in den Vorständen. Und gerade in diesen Gremien konnte man eine eigenartige Kluft zwischen symbolischem Wert und tatsächlicher Funktion ausmachen. Natürlich repräsentierten die Ehrenamtlichen die authentischen Wurzeln, denen man sich verbunden fühlt, und deshalb stehen sie bei Jubiläen und Empfängen in der vordersten Reihe. Aber eigentlich geht es um riesige Unternehmen, die von hauptamtlichen Geschäftsführern geführt werden – schließlich

sind Caritas und Diakonie die größten privaten Arbeitgeber in Deutschland, weit vor Siemens oder Mercedes Benz. Zahllos sind die Geschichten über Konflikte, die aus dieser Konstellation zwischen ehrenamtlichen Arbeitgebern und hauptamtlichen Geschäftsführern erwachsen. Man kann in Anlehnung an einen alten Marketingkalauer sagen: Das Ehrenamt steht im Mittelpunkt, und da stört es.

Doch die Zeiten ändern sich. Der demografische Wandel ist zwar heute in seinen konkreten Auswirkungen noch kaum sichtbar. Aber was die Alterung der Gesellschaft schon in ersten zarten Ansätzen bedeutet, kann an den Finanzschwierigkeiten der Pflege- und Gesundheitskassen abgelesen werden. Schrumpfung in vielen Lebensbereichen wird die absehbare Folge sein. Weniger Geburten, eine alternde und abnehmende Bevölkerung erfasst nämlich alle gesellschaftlichen Subsysteme, von der Bildung über die Wirtschaft bis hin zum Sozialstaat, und plötzlich sind auch die vermeintlich harten Themen betroffen: Wir sehen es zum Beispiel am Entschluss des Landes Sachsen, Schulen zu schließen und Tausende von Lehrerstellen zu streichen, welche Auswirkungen eine abnehmende Bevölkerung hat: lautstarke Proteste, Entlassungen, weitere Verödung von Regionen. Oder wir sehen es daran, dass immer weniger Häuser von jungen Familien gebaut werden, was nicht zuletzt ein Grund für die Krise der Bauwirtschaft ist. Oder dass Immobilien auf dem Lande immer schwerer zu verkaufen sind. Was wird erst passieren, wenn in zehn bis zwanzig Jahren der demografische Wandel richtig durchschlägt: Wer soll dann unsere Autos kaufen, unsere Straßen befahren, unsere Stadien und Kinos füllen, unsere Kindergärten und Schulen besuchen?¹

Wenn etwas in der Familie faul ist, greift es auf Gesellschaft und Staat über. Deshalb ist es heute nicht mehr nur Privatsache, eine Familie zu gründen, sondern entwickelt sich zum brandheißen politischen Thema, weil wir diese Zusammenhänge zu erkennen beginnen. Wir wissen natürlich, dass Geburten nicht verordnet werden können. Die politische Frage lautet: Wie können wir finanzielle Transfers, Bildungsinstitutionen, Betreuungseinrichtungen, Nachbarschaften, Sozialräume, Arbeitsplätze usw. so gestalten, dass Menschen wieder Lust darauf bekommen und das Risiko eingehen, Kinder zu bekommen? Diese Fragen lassen sich nicht mehr beruhigen oder in gewohnter Manier im Gewirr von Bund-Länder-Zuständigkeiten an Arbeitsgruppen delegieren. Sie brennen auf den Nägeln.

Auch das Bürgerschaftliche Engagement gewinnt politische Aufmerksamkeit. Ich möchte nur einen bemerkenswerten Aspekt herausheben. Das Bund-Länder-Programm ‚Soziale Stadt‘ fördert Anreize und Projekte für das Bürgerschaftliche Engagement, was man in den Vorgängerprogrammen der Stadterneuerung noch vergebens suchte. Mittlerweile lassen sich aus Finanztöpfen der Bauministerien nicht nur Gebäude und Straßen, sondern auch Elterninitiativen oder Freiwilligenagenturen bezuschussen. Dieser Neuerung ging ein grundsätzlicher Umdenkungsprozess voraus. Soziales Kapital und Zivilgesellschaft werden zu Hoffnungsträgern der Stadtentwicklung. Es wächst die Erkenntnis², dass die Erneuerung der baulichen Substanz nicht ausreicht, sondern eine Änderung sozialer Praktiken einhergehen muss. Man sollte sich das auf der Zunge zergehen lassen: Statt eine Straße neu zu pflastern oder ein Amtshaus zu renovieren, wird darüber nachgedacht, dass solche

¹ Siehe hierzu: Franz Xaver Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Frankfurt am Main 2005

² Michael Haus: Zivilgesellschaft und Soziales Kapital im städtischen Raum, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 3/2005, S. 25-31

Bauvorhaben nur nachhaltig sein können, wenn zugleich in das soziale Gefüge der Nachbarschaft investiert wird. Die Stadt Rosenheim hat etwa vor Jahren damit begonnen, Kinderspielplätze gemeinsam mit Bewohnern zu konzipieren – bis hin zur Frage, wie der Platz dauerhaft gepflegt werden kann. Bau- und Stadtplaner haben dazu gelernt: einfach ein paar Klettergerüste aufzustellen und darauf zu warten, ob sie auch angenommen werden, verfehlt das langfristige Ziel. Man muss die späteren Anwohner und Nutzer schon bei der Planung einbeziehen, damit gemeinsame Verantwortung und gemeinsame Zufriedenheit wächst. Jetzt wird die Stadt Rosenheim, eine mittelgroße Stadt mit 60.000 Einwohnern, dank der guten Erfahrungen mit partizipativer Planung, drei Freiwilligenagenturen einrichten.

Das sind ermutigende Anzeichen eines neuen Ernstes, mit dem das weiche Thema Familie und das weiche Thema Bürgerschaftliches Engagement mittlerweile behandelt werden. Aber es sind immer noch Ausnahmen. Der Bremsweg eines einmal eingespurten Handelns und einer eingespielten Förderpraxis ist lang. Auch wenn deutlich wird, dass es so nicht weiter gehen kann, entstehen am Ende doch die bekannten Zwickmühlen: Weil man bei benötigten Ressourcen gleich an Geld denkt, kommt sofort der Hinweis, dass man keins hat und deshalb auch nichts tun kann. Und weil bei Dienstleistungen sofort hauptamtliche Einrichtungen und hauptamtliches Personal ins Spiel gebracht werden, wird mit Bedauern beschieden, dass das zu teuer wird. Deshalb wird Bürgerschaftliches Engagement, das Familien unterstützt, in seiner Leistungsfähigkeit kaum wahrgenommen und auch nur marginal gefördert. Wie können wir diese Fallen umgehen?

II Hemmnisse des alten Denkens

Die politischen Konstellationen sind in Bewegung, und der Ausgang ist offen. Da ich mich mehr als parteilicher Akteur denn als objektiver Sozialwissenschaftler verstehe, heißt für mich die Frage: Wie kann ein positives Szenario für die Zukunft erreicht werden und welchen Weg müssen wir einschlagen, um es zu verwirklichen? Ab jetzt möchte ich auch die bisher parallele Behandlung aufgeben und Bürgerschaftliches Engagement und Familie inhaltlich zusammenbinden. Ich möchte in drei Schritten fortfahren: Nachdem ich einige gegenwärtige Hemmnisse exemplarisch aufgezeigt habe, weswegen der Wert, den Bürgerschaftliches Engagement für Familien spielt, noch nicht genügend erkannt ist, möchte ich an einigen Beispielen veranschaulichen, was sich derzeit an ermutigenden Perspektiven entwickelt. Zum Schluss möchte ich Ihnen einige strukturpolitische Gedanken vorstellen, wie die Rahmenbedingungen für ein familienorientiertes Bürgerschaftliches Engagement besser gestaltet werden können.

Zunächst zu den schon angekündigten Beispielen für Hemmnisse:

Erstes Beispiel: In den letzten Jahren wurde viel über frühkindliche Bildung diskutiert. In Bayern etwa entstand ein Bildungs- und Erziehungsplan für Kindertagesstätten, der sehr differenziert auflistet, was künftig altersgerecht nahe gebracht werden soll: Musische Bildung, Naturwissenschaft, Mathematik, Ästhetik, Fremdsprachen, Medienumgang usw. Nun wissen die Autoren des Plans, und jeder Halbinformierte kann sich das auch ausmalen, dass diese Vielfalt an Ansprüchen kaum vom vorhandenen Personal bewältigt werden kann. Zeitlich gesehen wäre es schon machbar, aber es besteht ein Kompetenzproblem. Kitas haben pädagogische Fachkräfte. Aber es gibt keine Fachlehrer für einzelne Wissensgebiete. Also sieht die Praxis so aus: Wenn ein Erzieher gerne musiziert, gibt er das auch an die Kinder

weiter, wenn eine Erzieherin Spaß an Mechanik hat, wird sie auch mit den Kindern gemeinsam tüfteln. Diese Fachkompetenzen sind allerdings zufällig, aus privater Neigung vorhanden, sie gehören nicht zur Ausbildung. Deshalb fordern die Autoren des Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplans die Aufwertung der Erzieherausbildung in einen dem Grundschulstudium vergleichbaren Rang mit entsprechender Entlohnung. Das mag sinnvoll sein, da aber das zuständige Ministerium klar sagt, dass das nicht zu bezahlen ist, bleibt das Problem einfach zwischen Baum und Borke hängen. Nun wird also der Plan offiziell umgesetzt und über die Ressourcen und Voraussetzungen schweigt man sich aus.

In dieser Situation kommen findige Kitas auf die Idee, das soziale Umfeld zu aktivieren: Gibt es Mütter oder Väter, die gerne musizieren? Findet sich ein „Technikopa“, der einfache elektrische Schaltkreise anschaulich erklären kann, oder ein befreundeter Künstler, der mal zum Malen vorbeischaut, ein Nachbar, der Spaß an Mathematik hat und ein paar Stündchen erübrigt? In den Einrichtungen, so erzählt uns eine Sozialplanerin der Stadt Nürnberg, regt sich eine neue Offenheit für das Ehrenamt, die umso erstaunlicher ist, weil jahrelang Skepsis und Ablehnung vorherrschten. Aber die politische Diskussion – siehe oben – bleibt in ihren Widersprüchen gefangen, vor allem weil das Problem der Ressourcen, die für die Umsetzung des Bildungsanspruchs notwendig wären, nur als Geldfrage wahrgenommen wird. Phantasielos, aber wahr. Was könnte man schon mit wenig Geld anstellen, wenn man dafür Qualifikationen für ehrenamtliche Mitarbeit fördert?

Zweites Beispiel: Vor kurzem war ich auf einem Kongress zu neuen Wohnformen im Alter. Es ist erstaunlich, was sich hier tut, wie viele Menschen mittlerweile sehen, dass angesichts des demografischen Wandels das Modell Altenheim immer schlechter funktioniert. Schon heute sind Altenheimplätze kaum mehr bezahlbar, geschweige denn attraktiv. Für mich war überraschend zu erfahren, dass zum Teil schon ganze Trakte in Heimen leer stehen. Nun gründen sich Wohngenossenschaften und Alten-WGs. Ihre Protagonisten handeln aus Überzeugung und Not: Sie suchen gegenseitige Unterstützung, ganz im Sinne der Selbsthilfe-Idee, sie wollen ein soziales Auffangnetz haben, wenn es ihnen mal schlechter gehen sollte und sie wollen dann ihren Kindern nicht zur Last fallen. Sie suchen aber auch die Gemeinschaft, eine Lebensperspektive mit Sinn für eine Altersspanne, die in ihren Augen bloß kein Ruhestand sein soll. Ein langer Lebensabschnitt, der aktiv, kommunikativ, anregend gelebt sein will. Damit sind sie Vorreiter eines neuen Altersbildes, das jenseits der Berufsarbeit Kompetenzen und Energien in gemeinschaftliche Wohn- und Lebensformen einbringt und gegenseitige Hilfesysteme aufbaut. Mit den Investitionsförderprogrammen der Länder freilich werden weiter munter Altenheime gefördert. Das hat sich eben so eingespielt und wird weiter so bleiben. Fördermittel für neue Wohnformen, die ja auch die Pflegekassen entlasten können, sind hingegen marginal.

Ein drittes Beispiel:

Es gibt schon so viele ungehobene Schätze an Engagement für Familien, die man nur als solche erkennen müsste, um noch viel mehr daraus zu machen. Manchmal ist es eine auch im ehrenamtlichen Bereich aufzufindende Fachidiotie, die uns den Weg zu diesen Schätzen verbaut. Eine persönliche Beobachtung. Mein Sohn spielt in einem Fußballverein. Wenn ich als Kiebitz am Rasenrand stehe, bin ich immer wieder erstaunt, welchen pädagogischen Einfluss Fußballtrainer haben. Sie gehören mit Eltern und Lehrern zu zentralen Figuren des Erziehungsprozesses. Aber den wenigsten ist das wirklich bewusst, und sie werden auch nicht darin geschult, diese

Autorität gut auszufüllen. Stattdessen trimmen viele nur nach Leistung, als ob alle kleinen Kinder später in der Bundesliga Karriere machen müssten. Ihr Ehrgeiz ist der sportliche Erfolg. Das ist verständlich. Wenn sie aber nur ein bisschen mehr Ahnung hätten über die Nöte der Schule, der Pubertät, der Freundschaft, der ersten Liebe usw., sie wären hervorragende Vertrauenspersonen und würden eine wichtige Lücke im Erziehungsprozess schließen. Gerade weil Kinder so wenige Erwachsene haben, denen sie sich anvertrauen können, ohne gleich Sanktionen befürchten zu müssen. An diesem Beispiel wird klar, welche Chancen beispielsweise in der außerschulischen Bildung stecken, wenn man die Ehrenamtlichen, etwa durch Fortbildungen, in die Lage versetzen würde, diese auch zu erkennen und wahrzunehmen.

III. Ermutigende Ansätze

Vielleicht ist es für unsere Gesellschaft eine Chance, dass vieles unbezahlbar geworden ist. Bitte verstehen sie diese Bemerkung nicht als Sozialdarwinismus oder Plädoyer zur Abschaffung des Sozialstaates. Wir brauchen weiter starke soziale Dienste und Einrichtungen. Aber es bieten sich Möglichkeiten für einen Systemwechsel, der darin besteht, dass Ressourcen und Kompetenzen mehrdimensional verstanden werden: Es gibt neben Geld auch eine Zeit- und eine Wissensressource, es gibt neben hauptamtlicher Professionalität auch das ehrenamtliches Engagement und die Eigenkompetenz der Selbsthilfe, die nicht als Lamentum und Dilettantismus abgetan werden dürfen. Im Gegenteil, sie ermöglichen neue Perspektiven, sie können mit ihrem Engagement beleben und öffnen, und sie können neue Wissensformen hinzufügen. Wenn dieses Reservoir bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist, dann liegt es nicht an der Engagementbereitschaft der Bundesbürger, die ist hoch, das wissen wir. Es liegt an den geeigneten Gelegenheitsstrukturen, die vorhandenen Fähigkeiten und die vorhandene Zeit angemessen und sinnvoll zu nutzen.

Um Familien zu stärken und zu unterstützen, gäbe es doch Aufgaben genug: der grundsätzliche Befund ist klar: Viele Eltern können in der heutigen Zeit mit den emotionalen Ansprüchen der Geborgenheit und den pädagogischen Herausforderungen des Aufwachsens nicht mehr alleine zurechtkommen. Darüber hinaus wachsen ökonomische Zwangslagen. Eine Familie zu gründen ist heute zum größten Armutsrisiko geworden. Aber selbst in wohlhabenden und sozial scheinbar abgesicherten Milieus gärt es. Vor kurzem schreckte mal wieder die Meldung einer ständig steigenden Scheidungsrate, die vor allem in äußerlich prosperierenden Gegenden dramatische Ausmaße annimmt. Martin Horn, Familienberater des Landkreises Fürth, der die höchsten Scheidungsraten unter Bayerns Landkreisen aufzuweisen hat, vermittelt ein drastisches Bild aus seiner Beratungspraxis. Der Landkreis böte günstiges Bauland im Grünen, das für Familien attraktiv sei. Dann aber komme das böse Erwachen. Das kulturelle Angebot sei weit weg, die Freunde auch, Schulden für das Haus drückten, mit den Nachbarn würde nur über das Nötigste gesprochen. Mitverantwortlich, so Horn, sei aber auch der Trend, sich in die eigene Burg zurückzuziehen, das Vereinsleben zu vernachlässigen und das Glück allein im kleinen Kreis zu suchen. Dann werde ein Konflikt schnell zur Krise.³

Fazit: Familien sind überfordert und brauchen Unterstützung. Die Institutionen, die dafür vorhanden sind, wie Kindergärten und Schulen, können diese Lücken nicht

³ „Die Tendenz zur Trennung nimmt zu“, Fürther Nachrichten vom 3. Juni 2005

vollständig kompensieren. Folglich benötigen wir „sorgende Netze“ – ein Begriff, den ich gerne von der NAKOS übernommen habe – des Bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe.

Ein familienorientiertes Bürgerschaftliches Engagement kann Institutionen nicht ersetzen. Es kann die von ihnen gestellten Hilfen allerdings sinnvoll ergänzen und außerdem Leistungen erbringen, die institutionell überhaupt nicht herstellbar wären, und zwar in drei Bereichen.

1. Es kann die Eigenkräfte der Familien stärken, indem es sie zum Beispiel zeitlich entlastet.
2. Es kann die Nachbarschaften und das unmittelbare soziale Umfeld anregungsreich und solidarisch gestalten, um die emotionale Konzentration auf die Kernfamilie zu entkrampfen.
3. Es kann Unterstützung und ergänzende Hilfe für die mit dem Aufwachsen der Kinder oder der Betreuung von Angehörigen befassten Institutionen bieten.

Wir haben im Rahmen einer Buchrecherche⁴ beeindruckende Einzelbeispiele für diese ‚sorgenden Netze‘ gefunden, die der Nachahmung wert sind. Unabhängig davon, welche konkreten Ziele die Initiativen haben, ob es sich um eine ehrenamtliche Hausaufgabenhilfe für Migrantenkinder oder eine Selbsthilfegruppe betroffener Angehöriger handelt: Im Hintergrund stehen immer zwei wichtige Wertvorstellungen: Zum einen: Wie schaffen wir eine anregungsreiche und solidarische Kultur des Aufwachsens? Denn es ist nicht damit getan, alles in Dienstleistungen zu zergliedern, gerade für Familien muss das gesamte Umfeld stimmen: Welches Verhältnis besteht zum Nachbarn? Gibt es Freiflächen, auf denen Kinder auch einmal unbesorgt und unbeaufsichtigt spielen können? Wie reagieren die Ladenbesitzer auf Kinderlärm, gibt es unkompliziert zu erreichende, niedrigschwellige Treffpunkte für Familien? Findet sich jemand, dem man seine Sorgen anvertrauen kann? Ist die Familie als Alltagsthema präsent oder ist das Auto und die Parkplatzsuche wichtiger?

Zum andern: Wie erhöhen wir das ‚soziale Kapital‘ in unseren Alltagsbeziehungen? Gelebte soziale Netzwerke sind eine Kraftreserve, aber sie sind nicht mehr alltäglich und selbstverständlich. Nachbarschaft bröckelt, nicht selten auch und gerade dann, wenn Kinder ins Haus kommen. Zwar entwickeln sich in der Regel neue Beziehungen, vor allem zu anderen Familien, die in der gleichen Lage sind. Aber die sozialen Bindungen zu Freundeskreis und Nachbarn werden loser, während Beziehungen zu Verwandten häufig wieder enger werden. Vor kurzem hat das Bundesfamilienministerium eine Sonderauswertung des Freiwilligensurveys zur Situation von Familien veröffentlicht.⁵ Hieraus geht hervor, dass Haushalte mit kleinen Kindern deutlich weniger Unterstützung von Freunden und Nachbarn erwarten dürfen als Haushalte ohne Kinder. Von den Haushalten mit Vorschulkindern können 52% auf die Hilfe von Freunden und 34% auf die von Nachbarn rechnen, bei

⁴Glück, Alois; Magel, Holger; Röbbke, Thomas (Hrsg.): Neue Netze des Bürgerschaftlichen Engagements. Familien stärken mit ehrenamtlichen Initiativen. Heidelberg, München: Jehle Rehm 2004

⁵ Formen und Arrangements der Betreuung von Vorschulkindern. Sonderauswertung zu familiärer Betreuung, außerhäusliche Betreuung, Erwerbssituation in den Familien auf der Grundlage des Freiwilligensurveys 2004. Im Forschungsnetz unter www.bmfsfj.de abzurufen.

Haushalten ohne Kinder sind es 74%, die sich auf Freunde und 37%, die sich auf Nachbarn verlassen können.⁶

Wie also lässt sich soziales Kapital durch bürgerschaftliches Engagement erweitern? Auch hier wieder einige Beispiele: Das ‚Zentrum Aktiver Bürger‘ (ZAB) in Nürnberg hat in Kooperation mit dem ‚Lokalen Bündnis für Familie‘ Projekte ins Leben gerufen, die sorgende Netze knüpfen sollen. Eine weitere Aufgabe dieser Kooperation ist es, diese Ideen in die bestehende Landschaft der professionellen Dienste und Einrichtungen so einzufügen, dass sich keine Konflikte, sondern Synergien ergeben.

Das ZAB versteht sich als Projektentwickler für neues Bürgerschaftliches Engagement. Es ist keine Freiwilligenagentur im engeren Sinne. Nachdem es vor gut acht Jahren mit einer ehrenamtlichen Handwerkergruppe und einem Erzählcafé gestartet war, entwickelten sich immer anspruchsvollere Vorhaben in Kooperation mit sozialen Einrichtungen und Diensten.⁷ Zudem hat sich der Schwerpunkt eindeutig auf die Unterstützung junger Familien verschoben. Über 150 Ehrenamtliche arbeiten nun in diesem Bereich.

In den Gesprächen zwischen Vertretern des Bündnisses für Familie und des ZAB wurden zum Beispiel Familienpatenschaften konzipiert. Die einfache Beobachtung der Professionellen war: Bevor der allgemeine Sozialdienst oder die sozialpädagogische Familienhilfe eingreifen, bestehen viele alltägliche Überforderungssituationen von Familien, die sich zu dauerhaften Krisen auswachsen können, wenn nicht präventive Unterstützung angeboten wird. Das muss nicht viel sein: Eine Stunde Zeit, die sich eine Mutter gönnt, um mal alleine einkaufen zu gehen; ein Mensch, der geduldig zuhört, mit dem man sich einfach mal aussprechen kann usw. Aus diesen Überlegungen entstand das Projekt Familienpatenschaften. Ehrenamtliche werden für diesen Einsatz qualifiziert und von einer hauptamtlichen Sozialpädagogin unterstützt, die zum Beispiel die Kontakte zwischen Paten und Familien anbahnt und bei Problemen, wenn zum Beispiel die ‚persönliche Chemie nicht stimmt‘ moderiert und interveniert. Nach eineinhalb Jahren Laufzeit lässt sich schon feststellen: Je erfahrener die Familienpaten werden, desto anspruchsvollere Aufgaben trauen sie sich zu, zum Beispiel die Unterstützung bei einer Überschuldungssituation. Familienpaten helfen bei der Haushaltsführung, um Ein- und Ausgaben wieder ins Lot zu bringen. Oder sie begleiten minderjährige Mütter. Aber sie benötigen den hauptamtlichen Hintergrund, der ihnen Sicherheit vermittelt und für Qualität bürgt. Mittlerweile wurden über 40 Patenschaften vermittelt und der Andrang ist enorm.

Ein zweites Beispiel: Das Zentrum Aktiver Bürger ist seit Jahren an zwei Grundschulen tätig. Hier leisten Ehrenamtliche Hilfe bei Sprachvermittlung, bieten Neigungsgruppen am Nachmittag, wie die Erstellung einer Schulzeitung oder die Pflege des Schulgartens. Abgesehen davon, dass hiermit auch individuelle Förderung der Kinder möglich wird, die Lehrer kaum leisten können – zum Beispiel durch Leseförderung von Migrantenkinder oder Hausaufgabenbetreuung leistungsschwächerer Kinder – kommt eine pädagogisch wichtige Fremderfahrung und Öffnung in den Schulalltag. Mittlerweile sind an einer Schule etwa dreißig Ehrenamtliche tätig. Damit konnte das Lehrerkollegium vor allem die Angebote in Nachmittagsbereich ausbauen. Auch hier koordiniert eine hauptamtliche Kraft den

⁶ A.a.O. S. 49

⁷ Siehe dazu die Internetseite des Zentrums Aktiver Bürger: www.zentrum-aktiver-buerger.de

Einsatz, informiert über ausfallende Stunden oder moderiert bei Problemen. Notfalls springt sie auch ein, wenn ein ehrenamtlicher Mitarbeiter mal krank ist. Damit ist das Angebot der Ehrenamtlichen für Lehrer verlässlich.

Ein drittes und letztes Beispiel, das hieran anschließt: Die Stadt Nürnberg bemüht sich seit Jahren, Kindertagesstätten zu Orten für Familien weiterzuentwickeln, an denen man nicht nur das Kind für eine gewisse Betreuungszeit abgibt, sondern soziale Kontakte zwischen und Mitarbeit von Eltern ermöglicht werden. Zu diesen Bemühungen kommt nun die Öffnung gegenüber Freiwilligen hinzu. Wie im Falle der Schule geht es um ein neues Verständnis von Bildungseinrichtungen. Unter dem Titel ‚Große für Kleine – Bürgerschaftliches Engagement in Kitas‘ ist daraus sogar ein Bundesmodellprojekt geworden. Ehrenamtliche Mitarbeit findet in drei Formen statt: An einer bestimmten Kita, zu der dann auch ein besonderer sozialer Bezug besteht. In einem einrichtungsübergreifenden Team, das besondere Angebote für Kitas bereithält, zum Beispiel die Organisation eines Waldtages oder ein achtwöchiges Angebot über naturwissenschaftliche Experimente. Diese Leistungen können von den Kitas gebucht werden. Schließlich helfen Ehrenamtliche – ähnlich den Familienpaten – bei der Stärkung sozialer Netze über die Kita hinaus, indem sie etwa eine Stunde Zeit schenken.

IV Wie kann ein derartiges Steuerungswissen im Hinblick auf Familienpolitik aussehen?

Ich möchte abschließend noch einige wenige Bemerkungen zur Einpassung derartiger Projekte in die bestehenden Unterstützungsstrukturen von Familien machen. Die Schnittstelle zwischen professionellen Diensten und ehrenamtlichen Projekten ist besonders heikel und fehleranfällig. Zum Beispiel erwarten Familien genauso wie professionelle Dienste Verlässlichkeit von den Ehrenamtlichen. Umgekehrt wollen Ehrenamtliche freie Zeit für sich, wenn sich zum Beispiel spontan Besuch ansagt. Diese unterschiedlichen Erwartungen müssen austariert werden. Das ZAB bildet deshalb professionell betreute Teams, in denen sich Menschen gegenseitig vertreten können.

Etwas anderes ist ebenso entscheidend: Wir benötigen in den sozialen Einrichtungen ein neues professionelles Selbstverständnis, das darin geschult ist zu erkennen, wann und wo der Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeitern Sinn macht, wann er sie über- und wann er sie unterfordert. Und vor allem: Wie sich die unterschiedlichen Arten der Unterstützung am besten kombinieren lassen.

Was ich damit meine, möchte ich in einem Vergleich mit dem Arztberuf darstellen. Es gibt Ärzte, denen steht nur eine Art der Behandlung zur Verfügung. Dann gibt es welche, die neben der klassischen Medizin vielleicht noch über alternative Methoden wie Homöopathie oder Akupunktur verfügen oder mit Selbsthilfegruppen zusammenarbeiten. Ihre Professionalität ist nicht nur deswegen komplexer, weil sie verschiedene Heilmethoden beherrschen müssen, sondern sie benötigen ein Steuerungswissen, das darüber entscheiden kann, welche Methode oder welche Kombination von Methoden in welchem Kontext die erfolgversprechendste ist. Dieses Steuerungswissen muss in den Schulen und Kitas, den Fördereinrichtungen und Erziehungsberatungsstellen ebenso vorhanden sein wie in der übergreifenden kommunalen Sozial- und Familienpolitik. Nur eine diskursiv angelegte Steuerung kann uns in der Sozialpolitik weiterbringen. Im Englischen hat sich dafür der Begriff der ‚Good Governance‘ eingebürgert. Er meint, dass es nicht so sehr auf eine gute Regierung, sondern auf gutes Regieren ankommt, das die unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteure in die Formulierung strategischer Ziele der Politik einbezieht. Das genuine Entwicklungsfeld einer ‚Good Governance‘ scheint mir der

kommunale Bereich. Deshalb ist es besonders wichtig, dass es Kristallisationskerne des Engagements in den Kommunen und Stadtteilen gibt, in denen kreative Ideen geboren und umgesetzt werden können; Orte, die für das Bürgerschaftliche Engagement stehen und dafür die Stimme erheben. Und schließlich ist die gleichberechtigte Mitsprache freiwilligen Engagements in den Akteursgremien der Familienpolitik wichtig. Nur so kann sichergestellt werden, dass das gut gemeinte auch wirklich gut ist und nicht unnötige Doppelstrukturen hervorbringt. Deshalb kann ich die Einbeziehung des Freiwilligenbereichs in die ‚Lokalen Bündnisse für Familien‘, so wie wir es in Nürnberg praktizieren, nur empfehlen.

Natürlich sind ‚Lokale Bündnisse für Familien‘, die sich derzeit an vielen Orten gründen, sehr unterschiedlich in ihren Schwerpunktsetzungen und ihrer Arbeitsweise. Sie müssen Themen wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf genauso berücksichtigen wie die soziale Öffnung von Kindergärten und Schulen betreiben. Nun glaube ich aber, dass die Verbindung von Bürgerschaftlichem Engagement und Familie eine besondere Stellung einnimmt, weil sie ein Querschnittsthema ist, das alle einzelnen Aufgabenfelder kommunaler Familienpolitik durchzieht. Bürgerschaftliches Engagement ist als ‚familiennahe‘ Ressource ein wesentlicher Baustein in einer durch das Prinzip der Subsidiarität geordneten Familienpolitik. Ausgehend von den Eigenkräften der Familie, ist es die unmittelbare Lebenswelt, die durch Nachbarn, Kollegen und weitere soziale Kontakte geprägt wird. Erst danach kommen in einer subsidiären Ordnung die professionellen Dienste. Aber alle diese Kontakte und Dienstleistungen, die manchmal ein undurchdringbares Wirrwarr an Zuständigkeiten erzeugen können, müssen auf einer diskursiven Ebene reflektiert werden – vor allem dann, wenn sie problematisch sind. Und es muss darüber hinaus politische Eingriffs- und Steuerungsmöglichkeiten geben, die unnötige Doppelstrukturen genauso beseitigen, wie Defizite angehen. Der Vorteil der ‚lokalen Bündnisse‘ – etwa im Vergleich zu den gesetzlich vorgeschriebenen Jugendhilfeausschüssen – liegt auf der Hand. Sie bringen auf eine wenig formalisierte Weise, die für eine gute Familienkultur wesentlichen Akteure zusammen. Sie schaffen Bezüge und Vernetzungen außerhalb der eingetretenen Pfade, sie mobilisieren Ressourcen, die eine etatistisch versäulte, institutionelle Familienpolitik nicht aktivieren kann. Ihr Nachteil liegt aber auch auf der Hand: Lokale Bündnisse sind offene Systeme, die in hohem Maß auf die Freiwilligkeit ihrer Akteure angewiesen sind. Und hier schließt sich der Kreis: Lokale Bündnisse sind selbst Schaltstellen der Zivilgesellschaft. Auf Dauer und nachhaltig werden sie das aber nur sein, wenn sie sich an den aktuellen Diskussionen beteiligen, Praktiken übernehmen und Fehler vermeiden, die wir aus anderen Bereichen der Freiwilligenarbeit schon kennen, zum Beispiel aus dem Agenda21-Bereich. Sonst bleibt von ‚lokalen Bündnissen‘ nichts weiter als der Eindruck, dass wieder mal ‚eine Sau durchs Dorf getrieben wurde‘. Und das wäre nicht nur schade, sondern angesichts der konstatierten Schicksalhaftigkeit des harten Themas Familie geradezu fahrlässig.